

## Antrag A6007: Internationale Klimapolitik – Nach Corona wichtiger denn je

Antragsteller/in: BFA Internationale Politik

Der Bundesparteitag möge beschließen:

### 1 **Internationale Klimapolitik – Nach Corona** 2 **wichtiger denn je**

3 Der Klimawandel stellt auf lange Sicht eine deutlich größere Bedrohung für  
4 die Menschheit dar als die Corona-Epidemie. Die corona-bedingten  
5 Emissionsrückgänge bei Kohlen- oder Stickstoffdioxid haben zwar kurzfristig  
6 die Klimabilanz verbessert, langfristig jedoch den Klimawandel nicht  
7 aufgehhalten. Deshalb hat die internationale Klimapolitik weiterhin höchste  
8 Priorität.

### 9 **Ambitionsniveaus erhöhen**

10 Die nächste UN-Klimakonferenz COP 26, corona-bedingt um ein Jahr auf  
11 November 2021 verschoben, gilt als die wichtigste UN-Klimakonferenz seit  
12 der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens vor fünf Jahren. Dafür sind  
13 zwei Gründe ausschlaggebend:

14 Jetzt müssen wichtige Weichenstellungen für die Dekade 2020-30 vorgenommen  
15 werden, um die Erhöhung der Erdtemperatur auf deutlich unter zwei Grad zu  
16 begrenzen. Dafür müssen sowohl Industrie- und Schwellenländer als auch  
17 Entwicklungsländer ihre Ambitionsniveaus bzgl. der Emissionsminderung und  
18 Anpassung an den Klimawandel deutlich erhöhen und ihre Nationalen  
19 Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions, NDCs)  
20 entsprechend anpassen. Mit den bisher vorliegenden NDCs würde die  
21 Staatengemeinschaft auf eine Erwärmung von über drei Grad zusteuern.

22 Zudem müssen jetzt auch wichtige Weichenstellungen für die Zeit bis 2050  
23 vorgenommen werden, um das globale Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.  
24 Wichtig ist, dass die Vertragsstaaten des Pariser Klimaabkommens dafür dem  
25 UN-Klimasekretariat erstmals auch ambitionierte Langfriststrategien  
26 vorlegen.

### 27 **Europa muss Führungsrolle übernehmen**

28 Die globalen Klimaanstrengungen haben durch den Austritt der USA aus dem

29 Pariser Klimaabkommen einen herben Rückschlag erlitten. Ab November 2020  
30 werden die USA zunächst keine Führungsrolle in der internationalen  
31 Klimadiplomatie mehr spielen. Deshalb richtet sich die Aufmerksamkeit nun  
32 zunehmend auf Europa und die Erwartungen sind hoch. Nur wenn Europa selbst  
33 mit ambitionierten Zielen vorangeht, werden China sowie andere wichtige  
34 Schwellen- und Entwicklungsländer wie Indien und Südafrika folgen.

35 China erhebt bereits den Anspruch, im Kampf gegen den Klimawandel eine  
36 globale Führungsrolle einzunehmen. Unangefochten ist seine Führungsposition  
37 beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der Elektromobilität und der  
38 Batterietechnologie. China ist auch dabei, das weltweit größte  
39 Emissionshandelssystem aufzubauen und ist weltweit führend bei der  
40 Entwicklung und Erprobung von CCUS-Technologien (Carbon Capture,  
41 Utilization and Storage). Aber gleichzeitig baut China seine  
42 Kohlestromkapazitäten weiter ungebremst aus. Aktuell eröffnet China mehr  
43 Kohlekraftwerke als im Rest der Welt geschlossen werden.

44 Mit dem neuen "European Green Deal" konnte sich die Europäische Union  
45 inzwischen wieder als klimapolitische Vorreiterin in Stellung bringen. Sie  
46 lancierte ein sehr ehrgeiziges Projekt, das neben der Klimapolitik alle  
47 klimarelevanten Bereiche abdeckt: Industrie, Kreislaufwirtschaft, Energie,  
48 Mobilität, Biodiversität, Nahrungsmittelversorgung etc.

49 Im ersten europäischen Klimagesetz ist die Klimaneutralität 2050  
50 rechtsverbindlich verankert. Das Europäische Parlament und der Europäische  
51 Rat haben diesem Langzeitziel bereits zugestimmt. Damit hat die EU ein  
52 wichtiges internationales Signal gesendet. Allerdings ist die  
53 Klimaneutralität als EU-weites Ziel definiert, das heißt auf einzelne,  
54 länderbezogene Ziele wurde verzichtet. Damit ist die Europäische Kommission  
55 vor allem dem stark kohleabhängigen Polen entgegengekommen. Länder wie  
56 Belgien, Österreich, Norwegen, Schweden und Finnland haben jedoch bereits  
57 signalisiert, dass sie deutlich früher (ab 2035) klimaneutral sein werden.

58 Über eine Verschärfung des EU-Klimaziels für 2030 von minus 40 Prozent auf  
59 minus 50-55 Prozent (gegenüber 1990) wird voraussichtlich erst im Herbst  
60 2020, das heißt nach Vorliegen einer Folgenabschätzung, entschieden.

61 Die neue Industriestrategie ist auf drei Prioritäten fokussiert: die  
62 Dekarbonisierung der europäischen Industrie, die Gestaltung der digitalen  
63 Zukunft Europas sowie den Erhalt der globalen Wettbewerbsfähigkeit. Da der  
64 europäische Industriesektor noch immer für 20 Prozent der THG-Emissionen in  
65 der EU verantwortlich ist und nur 12 Prozent der verwendeten Rohstoffe aus  
66 dem Recycling stammen, sind umfassende Maßnahmen zur Modernisierung und  
67 Dekarbonisierung der energieintensiven Industrien wie Stahl, Zement und  
68 Chemie sowie die breite Einführung der Kreislaufwirtschaft von großer

69 Bedeutung.

70 Europäischen und deutschen Unternehmen bietet der "European Green Deal"  
71 grundsätzlich große Chancen. Wenn Europa mehr in Klima- und Umweltschutz  
72 investiert, profitieren davon hiesige Anbieter technologischer Lösungen und  
73 Dienstleistungen. Dadurch ergibt sich für sie die Chance, global eine  
74 führende Rolle bei grünen Technologien zu übernehmen. Entscheidend wird  
75 jedoch sein, dass dafür die richtigen politischen Rahmenbedingungen gesetzt  
76 werden.

### 77 **Klimaziele in den EU-Mitgliedsstaaten zügig umsetzen**

78 Die europäischen Klimaziele können nur dann erreicht werden, wenn sie von  
79 allen EU-Staaten mitgetragen und umgesetzt werden. Die EU-Staaten waren  
80 aufgefordert, im Rahmen der sogenannten integrierten Nationalen Energie-  
81 und Klimapläne (National Energy and Climate Plans, NECPs) der Europäischen  
82 Kommission darüber Bericht zu erstatten, wie sie im Zeitraum 2020-2030 ihre  
83 nationale Energie- und Klimapolitik auf die europäischen Klimaziele bzgl.  
84 CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz ausrichten werden.  
85 Zudem mussten sie ihre Langzeitstrategien bis 2050 vorlegen.

86 Die deutsche Bundesregierung hat ihren Nationalen Energie- und Klimaplan  
87 nach einem breiten online-Konsultationsverfahren mit Unternehmen,  
88 Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft am 10. Juni 2020 im Bundeskabinett  
89 beschlossen und anschließend – mit fast sechs Monaten Verspätung – an die  
90 EU-Kommission weitergeleitet. Die bisherigen Klimaambitionen Deutschlands  
91 reichen jedoch bei weitem noch nicht aus, um die europäischen bzw. globalen  
92 Klimaziele zu erreichen: die THG-Emissionen und der Energieverbrauch pro  
93 Kopf verharren auf einem relativ hohen Niveau. Beim Ausbau der Erneuerbaren  
94 Energien – vor allem der Windenergie im Binnenland – kam es zu  
95 Rückschritten, da Windkraftanlagen bei immer mehr Menschen auf Widerstand  
96 stoßen.

97 Das deutsche Kohleausstiegsgesetz ist klimapolitisch völlig überflüssig,  
98 weil ohne zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz Milliarden an  
99 Entschädigungen gezahlt werden. Stattdessen sollte viel konsequenter auf  
100 den Europäischen Emissionshandel gesetzt werden. Dessen steigende CO<sub>2</sub>-  
101 Preise verdrängen die Kohle ohnehin vom Markt – ganz ohne  
102 milliardenschweres Ausstiegspaket.

103 Auch die sonstigen Maßnahmen, die im Rahmen des Nationalen  
104 Klimaschutzpakets von September 2019 (CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Energieeffizienz  
105 etc.) festgeschrieben wurden, sind absolut unzureichend. Statt eines großen  
106 Wurfes, verliert sich die Bundesregierung in einer Fülle von

107 Einzelmaßnahmen, die keine Lenkungswirkung entfalten können. Nur durch ein  
108 striktes CO<sub>2</sub>-Limit und einen einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis im Wege des  
109 Emissionshandels sind die Klimaziele garantiert und kostengünstig zu  
110 erreichen.

### 111 **Schwellen- und Entwicklungsländer bei Umsetzung der** 112 **Klimaziele stärker unterstützen**

113 Die Bundesregierung hat zusammen mit Marokko und anderen Ländern 2016 die  
114 Globale Partnerschaft zur Umsetzung der nationalen Klimabeiträge (NDC-  
115 Partnerschaft) initiiert. Sie unterstützt Entwicklungs- und Schwellenländer  
116 dabei, die Umsetzung ihrer Nationalen Klimaschutzbeiträge im Rahmen des  
117 Pariser Abkommens zu beschleunigen und Möglichkeiten für ehrgeizigere Ziele  
118 zu identifizieren. Dabei wird auf zwei Ebenen angesetzt: auf Länderebene  
119 soll die Handlungsfähigkeit der Institutionen in Partnerländern gestärkt  
120 werden, etwa durch Unterstützung bei der Ausarbeitung von Klimagesetzen,  
121 von NDC-Roadmaps, Kommunikationsstrategien und Strategien für die  
122 Einbindung von Stakeholdern. Auf regionaler Ebene wird der Peer-to-Peer-  
123 Austausch bzgl. der Erfahrungen bei der NDC-Umsetzung gefördert. Aufgrund  
124 der hohen Relevanz der Emissionen aus Schwellen- und Entwicklungsländern  
125 muss die Bundesregierung hier viel stärker aktiv werden und im Verbund mit  
126 anderen EU-Staaten Kräfte bündeln und Erfahrungen austauschen.

### 127 **Internationale Marktmechanismen stärken**

128 Das zentrale Klimaschutzinstrument der EU ist der Emissionshandel (EU-ETS).  
129 Das System hat zwar effektiv dazu beigetragen, die Emissionen zu reduzieren  
130 (minus 29 Prozent seit 2005), doch sein Potential ist längst nicht  
131 ausgeschöpft. Es deckt bisher nur wenige Bereiche (Energiewirtschaft,  
132 Industrie, innereuropäischer Luftverkehr) und damit nur ca. 40 Prozent der  
133 europäischen Emissionen ab. Zudem sind bisher zu viele Zertifikate auf dem  
134 Markt, um die vereinbarten Reduktionsziele zu erreichen.

135 Von der Reform, die ab der 4. Handelsperiode im Jahre 2021 in Kraft tritt,  
136 werden zwar weitreichende Verbesserungen erwartet, sie wird jedoch nicht  
137 mehr ausreichen, um die verschärften Klimaziele ab 2030 und  
138 Klimaneutralität ab 2050 zu erreichen. Weitere Reformschritte werden nötig  
139 sein wie vor allem eine sektorale und geografische Erweiterung der EU-ETS.  
140 Dafür können die Erfahrungen anderer Länder beispielhaft sein: Kalifornien  
141 (Energie, Industrie, Gebäude, Verkehrssektor), Neuseeland (alle Sektoren  
142 außer Flugemissionen), Japan (Industrie, Gebäude). Bezüglich einer  
143 geografischen Erweiterung wurde ein erster Schritt mit der Verlinkung zum  
144 Schweizer System gemacht, die zum 1. Januar 2020 in Kraft trat.

145 Auch der Einsatz sogenannte "Negativer Emissionstechnologien" (NETS), das  
146 heißt Technologien zur Rückholung von Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) aus der  
147 Atmosphäre, ist zur Erreichung der globalen Klimaziele essentiell. Dabei  
148 gibt es biologische, chemische und physikalischen Verfahren. Wälder und  
149 Waldböden können durch Photosynthese, Biomassezuwachs, Humifizierung und  
150 Mineralisierung große Mengen an Kohlenstoff speichern und der Atmosphäre  
151 langfristig entziehen. Auch physikalische Verfahren wie das vom  
152 Weltklimarat schon seit Jahren favorisierte "Bio Energy with Carbon Capture  
153 and Storage" (BECCS) sind äußerst wichtig für die Begrenzung des  
154 Klimawandels.

155 Gemäß Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens besteht für die  
156 Unterzeichnerstaaten die Möglichkeit, bei der Umsetzung der nationalen  
157 Klimaschutzpläne miteinander zu kooperieren. Konkret gibt es dafür drei  
158 Möglichkeiten: Erstens können mittels direkter bilateraler Kooperation in  
159 einem Land erbrachte Emissionsminderungen in ein anderes Land übertragen  
160 werden, um sie dort auf die Klimaschutzverpflichtungen anzurechnen. Dadurch  
161 ist es möglich, dass THG dort gemindert werden, wo es am günstigsten ist.  
162 Zweitens kann ein neu geschaffener "Mechanismus zur Vermeidung von  
163 Treibhausgasemissionen und zur Förderung nachhaltiger Entwicklung" genutzt  
164 werden. Zudem sind auch "nichtmarktliche Ansätze" möglich, für die jedoch  
165 erst noch ein Rahmenwerk festgelegt werden muss.

166 Bei der Weltklimakonferenz 2018 (COP 24) in Kattowitz wurde zwar das  
167 Regelwerk zur Umsetzung des Pariser Abkommens weitestgehend beschlossen,  
168 zur genauen Ausgestaltung seines Artikel 6 (internationaler Handel mit  
169 Klimazertifikaten) konnte jedoch keine Einigung gefunden werden. Auch im  
170 Folgejahr auf der COP 25 in Madrid gelang dies nicht. Die COP 26 sollte  
171 dazu endlich eine Einigung herbeiführen in dem Sinne, dass CO<sub>2</sub>-Einsparungen  
172 nicht doppelt, das heißt auf Seite des Käufers und Verkäufers – angerechnet  
173 werden dürfen. Zudem sollten Verschmutzungsrechte, die unter dem Kyoto-  
174 Protokoll vergeben wurden, keine weitere Gültigkeit haben, da sie das  
175 gesamte Pariser Abkommen unterlaufen.

## 176 **Grünen Klima-Fonds für Technologie- und Wissenstransfer** 177 **besser nutzen**

178 Der im Jahr 2010 eingerichtete Grüne Klimafonds fungiert als zentrales  
179 multilaterales Instrument der internationalen Klimafinanzierung. Ziel des  
180 Fonds ist es, Afrikanische Staaten, die am wenigsten entwickelten Länder  
181 (LDCs) und die kleinen Inselstaaten bei der Minderung von THG-Emissionen  
182 und bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Die  
183 internationale Staatengemeinschaft hat zugesagt, den Fonds ab dem Jahr 2020

184 mit jährlich 100 Mrd. US-Dollar auszustatten. Diese sollen nicht nur aus  
185 öffentlichen Quellen kommen, sondern auch vom Privatsektor. Deutschland  
186 wird ab dem Jahr 2020 jährlich zwei Milliarden Euro einzahlen. Dieser Fonds  
187 muss besser genutzt werden, um Technologiekoooperationen mit Unternehmen in  
188 Schwellen- und Entwicklungsländern aufzubauen und neue Klimatechnologien zu  
189 erproben, wie zum Beispiel die sogenannten negativen Emissionstechnologien  
190 (Carbon Capture and Storage, CCS, sowie Carbon Capture and Utilization,  
191 CCU).

192 **Wir Freien Demokraten fordern:**

- 193 • Das EU-Klimaziel 2030 muss möglichst bald verbindlich festgelegt  
194 werden, damit die Wirtschaft Planungssicherheit hat.
- 195 • Der europäische Emissionshandel muss schnellstmöglich sektoral auf die  
196 Bereiche Verkehr, Gebäude und Wärmewirtschaft sowie die Land- und  
197 Forstwirtschaft erweitert werden.
- 198 • Der europäische Emissionshandel muss umgehend durch Verlinkung mit  
199 anderen Emissionshandelssystemen (zum Beispiel Kalifornien,  
200 Neuseeland) auch geografisch erweitert werden.
- 201 • Eine Einigung bezüglich des internationalen Handels mit  
202 Klimazertifikaten (wie in Art. 6 des Pariser Klimaabkommen vorgesehen)  
203 ist schnellstmöglich herbeizuführen, und zwar dahingehend, dass es zu  
204 keinen Doppelanrechnungen von CO<sub>2</sub>-Einsparungen kommt und alte  
205 Verschmutzungsrechte ihre Gültigkeit verlieren.
- 206 • Eine vertiefte Kooperation mit anderen EU-Staaten bei der  
207 Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern, um diese Länder  
208 bei Umsetzung der Klimaziele noch besser zu unterstützen.
- 209 • Die Erforschung und Erprobung sogenannter negativer  
210 Emissionstechnologien (NETs) sowie die dezentrale Entwicklung von NET-  
211 (Pilot)-Projekten durch Unternehmen und/oder Universitäten und  
212 Forschungsinstituten stärker voranzubringen. Die Mittel aus dem Grünen  
213 Klimafonds sollten auch für die Forschung und Entwicklung bzw.  
214 Anwendung von CCS und CCU eingesetzt werden.
- 215 • Sofortige Beendigung der direkten und indirekten Subventionen für  
216 Kohle und andere fossile Energieträger. Dadurch können auch die  
217 notwendigen finanziellen Ressourcen freigesetzt, um in kohlenstoffarme  
218 Technologien zu investieren.

## Begründung

Erfolgt mündlich.